



Aktueller Begriff Europa

Das Programm der bulgarischen EU-Ratspräsidentschaft 2018

Zum ersten Mal seit seinem Beitritt zur Europäischen Union (EU) hat Bulgarien am 1. Januar 2018 den Vorsitz im Rat der EU (EU-Ratspräsidentschaft) übernommen. Der bulgarische Ratsvorsitz folgt auf den Estlands und fällt damit in die Mitte der derzeitigen Trio-Ratspräsidentschaft, die in der zweiten Jahreshälfte von Österreich abgeschlossen werden wird. Unter Berufung auf den nationalen Wahlspruch „Einigkeit macht stark“ und mit Verweis auf die der EU bevorstehenden fundamentalen Reformen fokussiert sich die bulgarische Präsidentschaft auf **vier Schwerpunktbereiche** für ihre Arbeit: Wirtschaftswachstum und sozialer Zusammenhalt, Stabilität und Sicherheit in Europa, eine gemeinsame europäische Perspektive für die Staaten des westlichen Balkans sowie digitale Wirtschaft und zukunftsfeste Kompetenzen.

Im Schwerpunktbereich **Wirtschaftswachstum und soziale Kohäsion** stellt die Fortsetzung der Debatte über den nächsten **mehrwährigen Finanzrahmen (MFR) ab 2020** eine Schlüsselpriorität des Vorsitzes dar. Bereits im März 2018 wird sich eine Ministerkonferenz den Hauptbereichen des MFR widmen, während der Kommissionsvorschlag für den künftigen MFR im Mai 2018 erwartet wird. Ausgehend von der Überzeugung, dass die EU kraftvolle und angemessen ausgestattete Gemeinschaftspolitiken mit dafür geeigneten Instrumenten benötigt, will der Vorsitz Fragen einer effizienten und flexiblen Nutzung der EU-Finanzinstrumente auf die Agenda setzen. So strebt er eine offene Diskussion über die **Zukunft der Kohäsionspolitik** mit dem Ziel an, ihre Schlüsselrolle als zentrale Politik für langfristige Investitionen in Wachstum, Beschäftigung und eine kohärente regionale Entwicklung im EU-Haushalt nach 2020 zu sichern. Auf das gleiche Sicherungsziel will die Präsidentschaft die Debatte über die **Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)** ausrichten: Die GAP solle als starke Gemeinschaftspolitik erhalten und finanziell angemessen ausgestattet werden, um einen tragfähigen Landwirtschaftssektor und ein stabiles Einkommensniveau der Landwirte zu bewahren. Mit Initiativen zur **Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)**, darunter dem Vorschlag für einen Europäischen Währungsfonds, will sich die Präsidentschaft der Schaffung optimaler Bedingungen für starkes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum in der EU widmen. Die strategische Diskussion über die Vertiefung der WWU soll auf der Grundlage des sog. Fünf-Präsidenten-Berichts und des Weißbuchs zur Zukunft Europas fortgeführt werden. Ausdrücklich will der Vorsitz die Vollendung der Bankenunion, einschließlich der Risikoverringerung im Bankensektor und der Arbeiten am Legislativvorschlag zur Gemeinsamen Einlagensicherung und den Aufbau der Kapitalmarktunion vorantreiben.

Für den Schwerpunktbereich **Stabilität und Sicherheit in Europa** formuliert der bulgarische Vorsitz drei Ziele: Erstens, die Verbesserung der **Sicherheit der Unionsbürger** mit den Dimensionen Terrorismusbekämpfung, Stärkung der Außengrenzkontrollen und Wiederherstellung

Nr. 01/18 (09. Januar 2018) © 2018 Deutscher Bundestag

Verfasser: Olaf Zehnpfund, M.A.

Fachbereich Europa (PE 6), Telefon: +49 30 227-33614, vorzimmer.pe6@bundestag.de

Die Wissenschaftlichen Dienste und der Fachbereich Europa des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung.



der Funktion des Schengen-Raums, hohe Standards im Bereich der Cybersicherheit sowie eine stabile Energieunion. Zweitens, die Schaffung eines nachhaltigen **Systems zur Migrationssteuerung** durch Fortschritte bei der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und eine wirksame Rückkehrpolitik. Drittens, eine Konsolidierung der Rolle der **EU als starker globaler Akteur**, wobei eine Vertiefung der EU-NATO-Kooperation sowie die Umsetzung aller Initiativen angestrebt wird, die sich aus der „Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU“ ergeben. Im **Justizbereich** will sich die Präsidentschaft schwerpunktmäßig um die Arbeitsaufnahme der Europäischen Staatsanwaltschaft bemühen und plant, die laufenden Trilogie zu Legislativvorschlägen u.a. in den Bereichen Strafjustiz und Geldwäschebekämpfung sowie zur Eurojust-Verordnung zum Abschluss zu bringen.

Die bulgarische Ratspräsidentschaft unterstreicht zudem das deutliche Interesse der Union an Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in den **Staaten des westlichen Balkans** und erklärt die Schaffung einer **greifbaren europäischen Beitrittsperspektive** für diese Staaten zu einem ihrer zentralen Anliegen. Sie verweist auf das der Region gewidmete informelle Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten am 17. Mai 2018 in Sofia und auf die für Februar 2018 angekündigte „Strategie der Kommission für den erfolgreichen EU-Beitritt von Serbien und Montenegro als Vorreiter auf dem Westbalkan“. Große Bedeutung wird der Vertiefung der regionalen Zusammenarbeit und der Entwicklung gutnachbarschaftlicher Beziehungen beigemessen; hierbei verdiene die **Konnektivitätsagenda** des westlichen Balkans, d.h. die Sektoren Verkehr, Kommunikation, Energie, Bildung und der Digitalbereich, wegen ihres Verknüpfungspotentials zum EU-Binnenmarkt besondere Aufmerksamkeit.

Fokussiert auf die **digitale Wirtschaft und zukunftsfeste Kompetenzen** gliedert sich der letzte Schwerpunktbereich des bulgarischen Vorsitzes in vier Themenfelder. Zur Schaffung eines Klimas der **Wettbewerbsfähigkeit** zugunsten wirtschaftlichen Wohlstands in der EU strebt der Vorsitz u.a. die Beseitigung rechtlicher und regulatorischer Hemmnisse für den innergemeinschaftlichen Handel mit Waren und Dienstleistungen an. Besonderes Augenmerk richtet er auf die Festlegung einer **Strategie für eine gemeinsame EU-Industriepolitik**, mit der die Finanzinstrumente der Union gezielt für nachhaltiges Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum, den Zugang der Unternehmen zu Finanzmitteln und die Innovationsförderung eingesetzt werden. Die Präsidentschaft plant, zur weiteren Umsetzung der **Strategie für den digitalen Binnenmarkt** die Beratungen von Legislativvorschlägen voranzubringen, darunter zum Vorschlag für eine Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt vom September 2016. Zur **Förderung des Unternehmergeists** insbesondere im Digitalsektor strebt der Vorsitz Fortschritte bei der Umsetzung der „Start-up- und Scale-up-Initiative“ an und will die Erschließung alternativer Finanzierungsquellen sowie die Verbesserung des Geschäftsumfelds für kleine und mittlere Unternehmen voranbringen. Darüber hinaus sollen **Anreize für soziale Innovationen** in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Gesundheitswesen, Informations- und Kommunikationstechnologie gesetzt werden. Mit Blick auf die **Zukunft der Arbeit**, die einem tiefgreifenden Wandel unterworfen sei, plant der Vorsitz, u.a. die Verhandlungen über die Entsenderichtlinie fortzuführen und in eine Debatte zur Modernisierung des EU-Rechts zur Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme einzutreten.

Österreich wird am 1. Juli 2018 die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen.

Quellen: - [Programm Bulgariens für den Vorsitz des Rates der Europäischen Union](#) vom 6. Dezember 2017 (Englisch).
- Achtzehnmonatsprogramm des Rates (1. Juli 2017 bis 31. Dezember 2018), [Ratsdok. 9934/17](#).
- [Vorläufiger Tagungskalender](#) des bulgarischen Ratsvorsitzes vom 21. Dezember 2017.